

# Berliner Tageblatt

Nr. 449 - Ausgabe B Nr. 223  
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 449

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Die Besprechungen über die Regierungsbildung.

## Die Lösung der bayerischen Krise.

### Beginn der Parteiverhandlungen nicht vor Sonntag.

Die Frage der Umbildung der Kabinette im Reich und in Preußen drängt nachdringlicher als je. Die eigentlichen Verhandlungen zwischen den Parteien werden alsbald beginnen. Am Sonntag ihren Anfang nehmen können, da die führenden Verantwortlichen der Sozialdemokratie bis dahin durch den Parteitag abgelenkt sind. Ammerlin haben inzwischen bereits mehrfache Besprechungen des Reichstanzlers Dr. Wirth und des preussischen Ministerpräsidenten Siegelowald bei dem Reichspräsidenten stattgefunden. Siegelowald war schon vor drei Wochen beim Reichspräsidenten für Erweiterung der Ministerien, nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich, nach rechts hin, eingetreten und hatte dabei auf die Zustimmung hingewiesen, daß wir nicht nur unseren wirtschaftlichen, sondern auch unseren politischen Kredit im Ausland erhöhen könnten, wenn man die Vertreter der Industrie und damit der Deutschen Volkspartei, mit zur Regierung hinzuziehe. Ebert sagte sich darauf mit der Sozialdemokratie in Verbindung und seine Vermittlung scheint hauptsächlich jener Umfassung eingetreten zu sein, der zu der Resolution des Parteivorstandes führte und ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ermöglicht. Neuerdings scheint man mit der Möglichkeit zu rechnen, daß **zuerst einmal das preussische Kabinett** rekonstruiert wird, während im Reich die Angelegenheit noch eine Zeitlang aufgeschoben werden soll. Siegelowald selbst hat keine große Lust mehr, im Rahmen der bisherigen Kabinette zu verharren, trotzdem ein neuer Witz, würde aber, wie wir hören, die Leitung des Kabinetts übertragen sollte, würde sein bisheriges Reformministerium der Wöhrstift abgeben. Man spricht davon, daß es dem Sozialdemokraten Otto Braun, dem früheren Landwirtschaftsminister, angeboten werden soll. Es ist aber nicht anzunehmen, daß er dieses Portefeuille annehmen wird. Eher dürfte er als Nachfolger des aus dem Amte scheidenden Reichsministers des Innern Dr. Gumbel in Frage kommen. Die jenseitige Sicherheit ist aber ungewis, da der frühere Innenminister Eberharding bei dem Kabinett eintreten wird. Jedemfalls betrachtet die Sozialdemokratie das als ein *Conditio sine qua non*. Auf Seiten der Deutschen Volkspartei ist Herr v. Gampel als möglicher Nachfolger der Presse genannt worden. Es ist aber die Sozialdemokratie eine Volkspartei, die an dieser Stelle unter keinen Umständen die Verantwortung zum Zentrum seine Neigung hat, diesen Vorschlag zu übernehmen. Wahrscheinlich wird bereits in der nächsten Woche das gesamte preussische Kabinett seinen Austritt erklären. Die einzelnen Beamten und Minister werden ausfinden und der Landtag wird wiederum vor die Aufgabe gestellt sein, einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Ein weiteres schwieriges Problem ist neben dem Reichstanzlers die Gumbelneuerbelegung, die die ganze Last auf die schließlichen Minister abwälzt und der Landwirtschaft große Konsequenzen macht, und die bei der Sozialdemokratie großen Widerspruch begegnen. Bei der Verhandlungen über die Bildung der Koalition dürfte auch hierüber erst Klarheit geschaffen werden, ehe man sich auf ein neues Regierungsprogramm einläßt.

### Das mißglückte Manöver der Kanzlerfürzer.

Die Sozialdemokratie lehnt ab.

Der von Rechtspolitikern und Rechtsblättern unternommene Versuch, jetzt nach dem Beschlusse des Göttinger Parteitag des Reichstanzlers Dr. Wirth zu befehligen, kann erstreckungsbereits als mißglückt bezeichnet werden. Über Dr. Stresemann, der sich in immer neuen heftigen Reden an diesen Versuch beteiligte, hat damit nur sich persönlich und dem Koalitionsgedanken außerordentlich geschadet. Man hatte geglaubt, sehr gefehlt zu sein, indem man der Sozialdemokratie nahelegte, aus ihren Reihen heraus den Reichstanzler zu stellen. Darum wurde in allerletzter Information der sozialdemokratische Reichstagspräsident Ebert als geeigneter Kandidat genannt. Unter ihm sollte dann Herr Dr. Stresemann, möglichst ungehindert, als Minister des Äußeren die auswärtige Politik der Deutschen Republik leiten. Es war vorherzusehen, daß die Sozialdemokratie auf diesen Plan nicht eingehen werde, und sie erteilt seinen Überhebungen denn auch eine entscheidende und deutliche Abfuhr. Der Parteivorstand erklärt, daß die Sozialdemokratie, bevor über die Koalition mit der Deutschen Volkspartei verhandelt werden könne, erst wissen müsse, ob die Volkspartei die Göttinger Mindestforderungen annehme, und fährt dann fort:

„Aber unterdessen soll doch heute schon werden, daß die Sozialdemokratie nicht daran denken kann, auf dem Manöver hereinzuwinken, das jetzt in der Presse eingeleitet wird. Hierbei sind die Reichstanzler Wirth fürzer zu helfen. Selbst wenn Stresemann persönlich an dem Spiel beteiligt wäre, wir gehen nicht fehl in der Annahme, daß sich auch sämtliche Mitglieder des Reichskabinetts entgegen diesen gegen diese Treibereien aussagen würden. Wir haben und ihrerseits an der Reichstagsversammlung Wirths auszuweisen, und innerpolitischen Glauben festhalten.“

### Die Programmrede des Grafen Lerchenfeld.

Genau zehn Tage hat die Umbildung der bayerischen Regierung in Anspruch genommen. Am 11. September trat Ministerpräsident von Kahr zurück, weil die von ihm gewünschte einschränkende Formel, nach der der bayerische Belagerungszustand erst aufgehoben werden sollte, „wenn die Verhältnisse es gestatten“, von dem Landtagsausschuß abgelehnt wurde. Am 21. September wurde als sein Nachfolger Graf Lerchenfeld gewählt, dessen Programmrede vor heute morgen mitgeteilt haben. Fünf dem Kabinett Kahr angehörige Minister, drei Mitglieder der Bayerischen Volkspartei (Dr. Watt, Dr. Krausnick und Oswald), ein Angehöriger des Bayerischen Bauernbundes (Waghofer) und ein Demokrat (Sanbelsminister Seemann) sind in ihren Ämtern verblieben. Ausgeschlossen ist nur der deutschnationale Justizminister Roth, dessen Posten der neue Ministerpräsident mit übernimmt, während an die Spitze des bisher formell von Kahr verwalteten Ministeriums des Innern dessen bisheriger Staatssekretär Dr. Schwoyer als Minister tritt. Damit ist die Bayerische Mittelpartei, die unter dieser falschen Frage Deutschnationale und Deutsche Volkspartei verpackt, aus der Koalition ausgestiegen, und ihre Presse geht schon mit einer offenen Kampfanlage gegen die neue Regierung vor. Eine Verbreiterung der Koalitionsspekulation nach links ist nicht erfolgt. Aber auch diese verfeinerte Koalition vermag über eine, wenn auch nicht sehr starke, Mehrheit im Landtag.

Nach das Zentrum steht, nach allen vorliegenden Nachrichten, ein wenig auf dem Standpunkt, daß an ein Ausschließen des Reichstanzlers Wirth nicht gedacht werden dürfte, und die gesamte demokratische Front hat sich in den letzten Tagen im gleichen Sinne ausgesprochen. Wir für unser Teil haben sofort erklärt, daß schon mit Rücksicht auf die auswärtige Politik Dr. Wirth, der im Ausland, im gesamten Ausland, sich ein außerordentliches Ansehen erworben hat, unter seinen Umständen nicht seinen Posten verlassen dürfte. Heute ist ein deutliches Wort über die demokratischen Organ vorliegt, es fürchte, in Dr. Wirth den Mann der „kontinentalen Politik“ - das heißt einer Orientierung nach Frankreich hin - zu verlieren, so erachtet dieser Vorwurf uns falsch. Auch diejenigen, die wie wir, eine solche einseitige Orientierung für verfehlt halten, müssen einsehen, daß für das Verbleiben des Dr. Wirth im Amte einzutreten, und zwar gerade deshalb, weil ihm nicht nur in einem einzelnen Land, sondern überall ein Vertrauen entgegengebracht wird, aus dem eine klug geführte deutsche Außenpolitik unentbehrbar Nutzen ziehen kann.

### Die Verhandlungen über den Wiederaufbau.

Vorausichtlich keine neue Zusammenkunft Rathenau-Loucheur.

Wir als Parlamentarier haben, wird voraussichtlich keine neue Begegnung zwischen den Ministern Rathenau und Loucheur erfolgen. Die Frage der Rebeverträge wird wahrscheinlich nur von Vertretern und Sachverständigen der beiden Länder besprochen werden.

Die Weiterberatung des Wiederaufbaufaktors wird voraussichtlich in der morgigen Sitzung des Reichskabinetts erfolgen.

### Das Ententeultimatum an Ungarn.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

T. B. Budapest, 23. September.

Die ungeklärte weltungarische Frage hält die ganze ungarische Öffentlichkeit in Atem. Gestern abend fand eine interparteiliche Sitzung statt, in der der Ministerpräsident vertrocknete Mitteilungen machte. Die Parteien beschloßen, bis zur Regelung der Angelegenheit den Burgfrieden zu wahren. Zum Grunde der Unklarheit man hier das Ententeultimatum. Wenn es bis Sonnabend eintrifft, wird die Nationalversammlung sofort dazu Stellung nehmen. Graf Andrássy hat die Regierung interpelliert, in welchem Sinne die Meinung der Regierung vorgetragen.

Heber den Stand der weltungarischen Frage erlahre ich: In diesem Sommer weils der frühere Ministerpräsident Stefan Friedrich in Belofatrad am Plattensee, wo sich er mit seinen Freunden befindet, der Austreibung weltungarischer Widerstand entgegenzusetzen. Nationale Krise, die glauben, daß etwas geschehen müßte und die das Beispiel Korschts reizte. Der durch den Infanterieaufstand die Situation Polens in Ober-Ostern verberstete, Inpenden Millionen zu diesem Unternehmen, die Regierung Weils fernstand. Als die Regierung Stefan Friedrich dem Rücktritt am 1. August, und den Obersten Major am Berg, ich, welche die früheren Detachements weltungarischer und Pronan nach Weltungarn, um sie verhaften zu lassen. Aber die Infanterieführer hatten inzwischen schon viel Anhang gewonnen, daß der Kampf gegen sie unmöglich geworden wäre, um so mehr als Gefahr vorhanden war, daß die Revolutionäre, die in Weltungarn unter Feldmarschallant Franz Deschütz Banner, zu Schwärzungen werden. Der frühere Ober die Truppen, um sich nicht entfremden und hatte für kurzen keinen Abschied nehmen müssen. Man einigte sich auf ein Kompromiß. Friedrich, Major und Major vertließen

Weltungarn, Pronan, Obendrug und Gogebüs blieben, schloßen sich aber den Infanterien an. Damit war für das Regime Gorthy erreicht, daß die nationale Frage Weltungarn aus den Händen Friedrichs, des größten Gorthy-Gegners, gerissen war, und daß Gorthy jetzt in Ungarn als Vertreter der nationalen Ehre gilt.

### Ministerrat im Krankenzimmer Lloyd Georges.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 23. September.

Der Londoner Korrespondent des „Nachbode“ hört aus London, daß Lloyd George gefahren in seinem nordöstlichen Krankenzimmer einen bedeutenden Ministerrat abgehalten habe. Dem Lord Fitz Alan, der in der letzten Sitzung, der irische Staatssekretär Komar Greenwald, Außenminister Churchill und Lord Balfour teilnahmen. Der erste Minister war sehr leidet damit befaßt, eine Formel zu finden, die für die Einmütigkeit annehmbar sein würde, was sehr schwierig erscheint angesichts des peinlichen Zustandes, der durch das letzte Telegramm De Valera's entstanden ist. Vor allem wünscht Lloyd George, daß die Konferenz in Irlands Ratifizierung, er wird alles daran setzen, damit die schwere Verantwortlichkeit eines eventuellen Scheiterns keinesfalls auf seine Rechnung geschoben werden kann. Der Ministerrat hat sich ferner eingehend mit einem Aktionsplan bezüglich der Arbeitslosenfrage beschäftigt. Man wird zwischen dem Mannen Mond's und Mac Karomas wählen müssen. Es wird jetzt bekannt, daß die große Mehrheit der Gemeindevorstände ganz und gar gegen den Entwurf Mond's sich wendet. Wie der Korrespondent des „Newspaper“ erklärt, ist seine Rede von allgemeiner Bedeutung, wenn diese nicht abzuwarten werden sollten zur Stärkung der Position der Regierung im Fall eines Scheiterns der Unterhandlungen mit Irland.

Die bayerische Regierungskrise ist also gelöst. Was man erwarten darf, damit auch die Krise, die im Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich entstanden war, zur Lösung gelangt? Graf Lerchenfeld betont in seiner Programmrede, daß trotz des Ausschließens einer Koalitionspartei die allgemeinen Richtlinien des bisherigen Koalitionsprogramms für ihn maßgebend bleiben. Daran wird nicht zu zweifeln, aber es wird auch darauf hinzuweisen sein, daß in der letzten Zeit diese allgemeinen Richtlinien mehr und mehr in Anspruch genommen sind, radikalen Forderungen und Interessen vernichtet worden sind, daß in dem Dreieck Kahr-Roth-Boehner der erste Name hinter den beiden letzten mehr und mehr zurücktrat.

Es ist bezeichnend, daß der letzte Aufruf, den Herr v. Kahr erteilt, sich gegen rechtsradikale Aufbruchversuche wenden mußte. Das immer rechtsradikalere Verhalten der Deutschen, die gegen national-sozialistischen Partei, enthielt in Bayern und für Bayern in diesen rechtsradikalen Gefahren, die als Reichsgefährden durch die Propaganda von Griesbach aller Welt klar geworden sind und zu der Verdrängung des Reichspräsidenten vom 29. August, dem Ausgangspunkt der bayerischen Krise, Veranlassung gegeben haben. Die Zusammenhänge zwischen dem deutschnationalen Gump- und Krahnpfad, zwischen Gruppen in Schließ und gewissen (nicht bayerischen) Kreisen in Bayern, die mit einem gewissen Nutzen spielen sind inzwischen auch durch die zeitweilige Verhaftung Dr. Arnold Ruges einwandfrei festgestellt. Die sozialdemokratische Münchener „Post“ veröffentlicht gestern genaues Material über die auch für Bayern benötigten Aufbruchpläne, und ein gewis nicht radikales Blatt wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ stellt gestern die in München unzulässigen Gerüchte mit, daß von rechtsradikaler Seite eine gewalttätige Zerschlagung der Koalition beabsichtigt war und daß sogar die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei im Reich ihren Parteifreunden in Bayern die Mahnung zugehen ließ, man möge von allen putschistischen Elementen fernzuhalten abdrücken. Herr v. Kahr betonte in seinem letzten Aufruf, der vor „gewalttätigen Eingriffen in den verfassungsmäßigen Gang der politischen Ereignisse“ warnte, daß die Volkspartei die Zerschlagung der Koalition und die Verdrängung des Reichspräsidenten durch die Partei unterdrücken würden. Aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Volkspartei selbst, das heißt das System Boehner durch einseitige Anwendung des Belagerungszustandes gegen links und offensivende Begünstigung der rechtsradikalen Agitation erst die Bedingungen geschaffen hat, unter denen solche Gefahren groß werden konnten.

Graf Lerchenfeld hat in der gestrigen Programmrede seine Regierungsgrundzüge in drei Punkten kurz zusammengefaßt. Er betont an erster Stelle, daß er mit allen Mitteln „Ehrungen, Mühen sie kommen, woher sie wollen“, entgegenzutreten werde. Die jetzigen Koalitionsparteien haben, wie wir bereits mitteilten, einen gemeinsamen Antrag eingebracht, der die Entfernung des Reichspräsidenten von Kahr verlangt. Man wird doch eher annehmen dürfen, daß die neue Regierung es nicht bei der Unterdrückung der jetzigen akuten Vorgänge belassen lassen, sondern daß sie auch die Voraussetzungen beseitigen wird, unter denen diese Dinge erst möglich geworden sind.

Der neue Ministerpräsident unter dem dann weißte, daß die Freue um Reich für ihn unüberdachtlich sei, und er legte gleichzeitig neben diesem Bekenntnis zum Reich ein Bekenntnis zum Föderalismus ab, das sich gegen einen übertriebenen Zentralismus wendet. Der deutsche Einheitsstaat, wie er in der Weimarer Verfassung begründet ist, vertritt sich durchaus mit einer weitgehenden Zentralisation, das ist gerade von demokratischer Seite wieder und wieder hervorgehoben worden. Was aber in den letzten Wochen sich als bayerischer Föderalismus ausgab, das war vielfach ein deutschnationales Schlagwort, das in der Hauptsache von Nichtberatern gehandhabt wurde. Es geht nicht um einen übertriebenen Zentralismus, sondern um den deutschen Einheitsstaat, die Münchener-Augsburger Abendzeitung, und zwar war es der Sache Würdiger, der unter der Leitung des Grafen Traub Bayern vor der Bayerischen Volkspartei

# Deutschland und Rußland.

**Moskau, 23. September.** (ausgeführt D. A.) Der Vorliegende des Allrussischen Volkskongresses, K. A. I. N., hat gestern den Vertreter des Deutschen Reiches, Professor Wiedemann, empfangen, der ihm seine Beglaubigungsurkunde überreichte. Dieser Beglaubigungsurkunde hielt der deutsche Vertreter eine Ansprache folgenden Wortlauts: „In dem Namen der deutschen Reichsregierung begrüße ich Sie, Herr Vorsteher des Allrussischen Volkskongresses, meine Beglaubigungsurkunde als Vertreter des Deutschen Reiches übergebe. Möge ich namens der deutschen Regierung meine Befriedigung darüber ausdrücken, daß von heute ab die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland neuerdings einen offiziellen Charakter in ihrem vollen Umfang angenommen haben. Die deutsche Regierung ist sich voll bewußt, daß beide Länder im Interesse der Weltfriedenspolitik in enger Zusammenarbeit beizutreten und für ihre Entwicklung gemeinsamen Nutzen zu ziehen, und daß es im besonderen Interesse beider Länder wäre, lebhaftere Beziehungen zwischen der russischen und der deutschen Volkswirtschaft aufrecht zu erhalten. Als meine Hauptaufgabe in Moskau betrachte ich die verstärkte Bewirkung der Idee der Entwicklung erfolgreicher Zusammenarbeit. Seien Sie versichert, Herr Vorsteher des Allrussischen Volkskongresses, daß ich als meine Aufgabe die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetrepublik wahren werde und ihre erfolgreiche Entwicklung im Interesse beider Länder.“

In seiner Antwort sagte K. A. I. N., daß die Wehrkraft der russischen Armee und Techniker ihre Ausbildung in Deutschland erhalten hätte. Deutschland sei immer das Mutterland für Organisationsmethoden und technische Erfindungen gewesen. Die Vereinigung der organisatorisch-technischen Erfahrungen Deutschlands mit den natürlichen Reichtümern Rußlands müsse beiden Ländern großen Gewinn bringen. Zum Schluß wünschte K. A. I. N. den deutschen Vertreter einen vollen Erfolg. K. A. I. N. erklärte, in seinem und seiner Regierung Namen, die volle Bewilligung, alles Mögliche zur Kräftigung und Erleichterung der bestehenden wirtschaftlichen Bande zwischen den beiden Ländern zu tun, und sprach die Überzeugung aus, daß der Vertreter der deutschen Regierung von den gleichen Wünschen befehle sei.

## Die deutsche Gesandtschaft in Prag.

**Prag, 23. September.** Die deutsche Gesandtschaft hat für ihre Gesandtschaft in Prag das Haus der Franziskaner auf der Kleinseite erworben. Es ist dies eines der schönsten altägyptischen Gebäude Prags. Das Haus wird für die Zwecke der Gesandtschaft mit einem Aufwand von drei Millionen Kronen umgebaut werden.

## Berthing in Paris.

**Paris, 23. September.** Der General Berthing, der Oberkommandierende der amerikanischen Truppen am Rhein, ist nach Frankreich gekommen und mit großem Enthusiasmus begrüßt worden. Ein Mitarbeiter der Zeitung „Globe“ hat ihn gefragt, ob er gekommen sei, um die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückzuführen. Berthing hat geantwortet, er nicht, um die Zurückführung aufzuheben, sondern um die Antwort zu geben: „Ich habe meine Mission auf die ich mich beziehe: was morgen geschehen wird, weiß ich natürlich nicht.“ Der General, der die Kongressdelegation auf dem Grad des unbefangenen amerikanischen Soldaten unter dem Trümmern bringen werde, um sie in Washington bringen zu lassen. Der amerikanische Propaganda in den Vereinigten Staaten legt der General wenig Bedeutung bei.

## Der Film-Jgel.

Lebende, lebende, freßende Stranbrennen erschließen gestern auf dem Filmstreifen einer Filmgesellschaft, die sich „A. S. P.“ nennt. „A. S. P.“ vermutlich nach dem Zoologischen Garten; „A. S.“ vermutlich nach A. S. P. (Arbeiter dieser Tierfilme). Freßende Krabben. Auch freßende Seentiere — die pflanzen gleich aussahen, aber Tiere sind. Entsetzliche Vieher, die nach giftigen Schlingen austreten — um den Wurm zu fressen, bevor sie in Schlingen sterben. Man sieht das ... Oder solche Fresser, die abermals in Wirklichkeit freßende Tiere sind. Sie fressen mit ihrem Wurm Armen einen Wirtel her, ziehen den Wurm an sich — und werden ihn.

Lea Krauszberg geht wiederum den Kampf des Gelbdrücker mit dem Moch in Wasser. Der schwimmende Mochdrücker ist ein erkranktes Tier in totem Zustand. Die Fischgründe vom Leib, das der Salamander das Mochdrücker blüht. Bis der Moch im langem, gurgelnd-wildem Blutbad ein Leidtragender ist. Ein Groß in ein Glas. Auch das ist furchtbar.

Neben einem Weibchen geht sie manches aus dem Delfin die Begle. (Von dem der alte Prater nicht viel gewußt hat.) Wie ich der verübene Jgel im Gedächtnis, der eine Zeitlang mit ihm haufte, mein selbiger Kaffee. Früher Lea Krauszberg Film — in der Todesstunde mit der Kreuzfahrt. Ost erneutes Gemisch — in der kalte, wüste Gegend ganz fahrigem hat ... und schreit. (Mein Kaffee mit Tee mit Kaffee Spritzen).

Alle diese Bilder sind furchtlich wahr; auch wenn man die Begle, das Ansehen der Gezeiten, noch durchdringt. Er werden die Bilder vor gewöhnlichen Handlungen. Offensichtlich verliert jeder Zuschauer diese Film — aus prächtig-mannhaftem Fortschritt, er fahre den Bestimmungslinien.

## F. E. Eine Uraufführung in Braunschweig.

Braunschweiger Landestheater, das geht unter der Leitung Dr. Hans Kaufmanns steht, wurde gestern ein Trauerspiel „Dina“ von Paul Sartre zum ersten Mal aufgeführt. Der Verfasser wurde in französischen Kreisen bisher dadurch bekannt, daß er für ein anderes Drama, „Thomas Young“, einen Teil des Bremer-Preises empfangen hat. Lieber „Dina“ nach dem ein Privat-Telegramm unseres Sonderberichterstatters: „Das Drama bringt im biblischen Gewande die Tragödie eines liebenden Frau, die in der sie umgebenden Welt geritten werden droht, die sich dann aber befreit und das Recht eigenverantwortlich feststellt. Die Gestalt ist in höchst auffälliger Art in einem düsteren, aber auch in einem hellen, in eine Handlung in einem dramatischen und poetischen Geiste gestellt, die Sprache klar und lebendig. Der Verfasser wählte der Darstellung den Stoff weit aus.“

keiten zu müssen glaubte. Für diese Herren handelt es sich, wie die in München erscheinende „Süddeutsche demokratische Korrespondenz“ gestern mit aller Klarheit darlegt, nur um eines: Beharren als Mittel zu dem Zweck zu verwenden, die Reichsregierung zu führen und die Reichsverfassung zu zerschmettern. Diesem deutschnationalen Föderalismus jetzt Graf Lerchenfeld einen solchen Föderalismus entgegen, der gleichzeitig vertritt, alle dem Reich entgegenstehenden Strömungen abzuwehren, und nicht nur negativ, sondern auch positiv, durch Unterbreitung der Reichsregierung in ihren Aufgaben, das Verhältnis zwischen Staat und Reich zu klären. Graf Lerchenfeld, der aus seiner Tätigkeit im auswärtigen Amt eine genaue Kenntnis der inneren Verhältnisse des Reiches mitbringt, hat durch diese Erklärung den Boden erfolgreich vorbereitet für die Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens, die unter seinem Vorgänger nicht zustande kam.

Der dritte Gedanke, den Graf Lerchenfeld in seinem Programm vorberührt, ist der soziale. Er möchte sich gegen die Klassenkampftheorie großer Teile des Volkes, und seine Vorurteile berühren sich hier mit jenen Ausführungen Dr. Wittigs, in denen der Kanzler davor warnte, das deutsche Volk in die „zwei Nationen“, Bürgerium und Proletariat auseinanderzulassen zu lassen.

Wolgen trifft der neue Ministerpräsident in Berlin ein, um die Verhandlungen mit der Reichsregierung aufzunehmen, die seit dem 2. März in Berlin stattfanden, wenn auch privat von verschiedenen Politikern in der vorigen Woche fortgesetzt wurden. Die bayerischen Gegenproposale, die zuletzt gemacht wurden, und die auf eine Ausschaltung des Reiches in der Handhabung der Ausnahmeverordnung hinausliefen, sind für die Reichsregierung unannehmbar. Daran hat sie keinen Zweifel gelassen. Aber ebenso fügen diese angenommen werden, daß die maßgebenden Reichsinstanzen zu einer weiteren Verständigung durchaus bereit sind. Lieber die Möglichkeiten einer solchen Verständigung haben wir uns im einzelnen schon geäußert. Namentlich wird es angängig sein, da wo im Einzelfall eine Übereinstimmung zwischen Reich und Staat nicht gelangt, eine Wechselseitigkeit entscheiden zu lassen. Wir zweifeln nicht daran, daß Graf Lerchenfeld die ihm übergebenen noch vorhandenen Gegenstände gelingen wird. Für die Zukunft aber ist es notwendig, daß das Reichsrecht, welches in der Reichsverfassung für die genauere Regelung des Ausnahmezustandes vorgesehen ist, und das auch die Zuständigkeit der Reichsregierung und Landesregierung abgrenzen muß, baldigt erlassen wird.

\*\*\*

## Graf Lerchenfeld und die bayerischen Parteien.

**Herr Sauerwein bei den „Kannibalen“.**

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**München, 23. September.** Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld reist heute abend nach Berlin, um sich dort der Reichsregierung, dem preussischen Ministerpräsidenten und dem jetzt in Berlin wohnenden württembergischen Staatspräsidenten Dr. Sieber vorzustellen. Graf Lerchenfeld wird die persönliche Rücksprache mit der Reichsregierung besitzen, um anschließend an den Beschluß des ständigen Landtagsausschusses die Verhandlungen über die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August und über die vom Reich geforderte Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern wieder aufzunehmen. Da diese Verhandlungen noch während des Berliner Aufenthalts des bayerischen Ministerpräsidenten zu einem abschließenden Ergebnis führen werden, ist es möglich, daß Graf Lerchenfeld zu der Donnerstag, den 20. September, beginnenden politischen Aussprache im bayerischen Landtag erscheinen muß und sich überdies noch zur persönlichen Entscheidung von seinen Gehilfenposten nach Darmstadt begeben wird. Die Landtagsaussprache wird von der in die Opposition gegangenen bayerischen Arbeiterpartei voraus zu einem heftigen Wortkampf gegen die neue Koalition und die Koalition benutzt werden, deren die „München-Augsburger Abendzeitung“ heute in direkter Aufzählung der Tatsachen gewollte Unterstützung und offene Kampfansage an die Partei unterließ. Daß die deutschnationalen Arbeiterpartei angelegentlich Deutsche Volkspartei Bayerns diese

## Das Herbstwunder.

Von (Madrigal verboten.)

**Arnold Mühlriegel (Wien).**

zu Wien an der Donau hat sich in diesem Herbstjahr mit dem Herbstwunder ein wirkliches und wahres Wunder zugetragen. Es hat, Gott behüte, nichts mit der Wiener Messe zu tun, nichts mit der Opern- und Singschule, nichts mit Westinghaus, der Konstruktion, der Konstruktion von Portoro. Es hat in solcher Weise nichts mit diesen grauenhaften Angelegenheiten zu tun, daß es wirklich und wahrhaftig ein blaues Wunder ist, wie aus dem schönsten Märchenbuch.

zu Wien an der Donau spazieren geht an den städtischen Spätnachmittagen zwischen den laudnerischen Kaffeehäusern, die nicht zählen, wenn auch zählen, immerhin auch die Wiener rund um ihre Ringstraße. Sie haben den Sommer hinter sich und wissen, daß es erbarungslos Herbst wird. Der hat im Bad seinen Rheumatismus gebändigt, er hat eben dabei, einen neuen Vorkat davon aufzusammeln, für das nächste Jahr und die nächste Baderzeit; der gerührt bereits wieder keine auf neu aufgefundenen Baderzeit, der gerührt wieder einen neuen Jahresring anlegen lassen, den im Herbst empfindet man das Herbstwunder. Es ist wahr, das immer noch die Sonne scheint, aber so wohl die Bäume nicht im Herbst blühen, das Leben wird kalt, alt, bald —

Und jetzt kommt das Wiener Herbstwunder 1921: auf einmal fangen unsere prachtvollen alten Kastanienbäume rund um die Ringstraße wieder an zu blühen! Der Spaziergänger reißt sich den begehrenden Winterstachel aus den Augen, aber es ist kein Zweifel möglich: alle die weichen und roten Blütenblätter sind wieder angeblüht, obwohl die grünen Blätter der Kastanien, diese wunderbaren gezeichneten Hände, schon anfangen, weiß und zungelig zu werden. Ein bißchen weniger üppig und diomphisch, doch die Blüten weißer als im Frühling, und es ist durchaus möglich, daß sie sich fittenlos aufhängen und diesmal keine Früchte zeitigen werden, braunpolierte, bittere Kastanien — aber sie sind da. Blüten im Herbst, niemand kann es verkennen, es ist endlich einmal genau dasjenige Wunder geschehen, auf das wir im Grunde alle gewartet haben: es ist gelungen, ohne das Experimentieren des Professors Steinlin, etwas Altherbendes wieder jung zu machen.

Der Spaziergänger auf der Ringstraße reden von der Blüte und von den Ausblicken der Welt, aber nur weil sie sich generieren, die Naturzeit zu sagen. Tatsächlich empfinden sie: ich habe es doch gewußt, daß es in diesem kalten Herbst und in meinem Leben ausnahmeweise nicht Winter werden wird! Gabe ich denn in meinem Herzen daran geglaubt, daß ich schließlich alt werden werde und sterben? Nun sieht man es! Das heißt es! Ich habe es! Ich habe es!

Stunde miteinander wird, darauf läßt eine Erklärung ihres erwiderten geschäftsführenden Ausschusses schließen, worin der Eintritt der Deutschen Volkspartei in ein Reichsministerium nicht als unmissverständlich ist, sondern abgesehen wird.

Im bayerischen Landtag haben die pfälzischen Abgeordneten der Mittelpartei einen dringenden Antrag auf Bewilligung von wöchentlich 10 Millionen Reichsmark zugunsten der von dem Bundesgesetzgeber im August betroffenen Wähler eingebracht. Folgenden Wortlauts: „In dem Namen der Reichsregierung wird die gegenwärtige Verdrängung der Wähler noch nicht abgeschlossen ist, beweist heute der „Bayerische Kurier“. Dies fährliche Organ der Bayerischen Volkspartei stellt nämlich fest, daß Herr Sauerwein in dem „Matin“ entgegen seiner Behauptung die Einreisebewilligung von Wählern innerhalb 24 Stunden nach Erhalt seines Gesuches erteilt worden sei, und gibt anlässlich dessen die Vermutung zu vernehmen, daß die Entscheidung der Angelegenheit von einer Reichsbehörde zu dem Zweck verlagert worden sei, um Wählern im Ausland zu diskreditieren. (I) Dazu läßt sich der „Bayerische Kurier“ das Gericht aufsuchen, Herrn Sauerwein sei beim Abschluß von seiner Gattin eine Wittele in die Hand gedrückt worden, damit er sich selbst töten könne, wenn die Wähler ihn gar zu fanfarenmäßig besandten wären.“

Der Führer der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, der unter dem Verdacht einer beschießigen Demonstration vor dem Landtag verhaftet worden war, ist gestern aus der Polizeigewalt entlassen worden.

## Ministerrat in München.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**München, 23. September.** Der bayerische Ministertrat hat heute vormittag 10 Uhr unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld zusammen, um zunächst die Diskussion für Ludwigshafen zu beraten. Im weiteren Verlauf des Ministerrats wurden auch die Streitfragen für die mündlichen Verhandlungen des Ministerpräsidenten mit der Reichsregierung besprochen.

## Eine Unterredung mit Stinnes.

Für einen wirtschaftlichen Völkerverbund.

**London, 23. September. (E. E.)** In der „Saturday Evening Post“ wird ein Interview mit Hugo Stinnes veröffentlicht, der u. a. ausführte: „Deutschland kann die Reparationsforderungen, wie sie im Ultimatum der Alliierten festgelegt worden sind, nicht erfüllen. Das ganze System ist falsch. Die Reparationen sind zu groß, sie sind unerschöpflich. Einige Geschäftsmänner, die sich um den grünen Tisch gesetzt hatten, um die Entschädigungsfrage ruhig, in freundschaftlichem Geiste zu erörtern, hätten für das Werk des Wiederaufbaus, mehr getan als alle geschäftlichen, selbständigen Politiker. So lange die Politiker noch zu reden haben, kann eine Forderung der deutschen Lage nicht erfolgen. Frankreich hätte bereits vor zwei Jahren von Deutschland Materialen und Arbeitskräfte bekommen können, um den Wiederaufbau in Nordfrankreich zu vollziehen, aber es scheint, als ob Frankreich den Wiederaufbau nicht so sehr wünscht als die vollkommene Erniedrigung Deutschlands. Ein 60-Millionen-Doll-Franzose man nicht verdienen, namentlich wenn jedermann arbeitet. Und Deutschland wird nicht zu arbeiten und zum allgemeinen Wiederaufbau beitragen. Die „Jeune France“ hat ein Recht, aber darin, daß Deutschland der Rohmaterialien entbehrt, während andere Nationen diese besitzen und nicht arbeiten können. Der Krieg bewies die Notwendigkeit politischer Allianzen. Die einzige praktische Allianz würde ein wirtschaftlicher Völkerverbund unter dem Einfluß der Vereinigten Staaten und Englands sein, um die wirtschaftlichen Interessen zu garantieren. Wenn diese die Welt können eine vollkommenen Einmütigkeit zu Rußlands nicht stabilisieren. Ein einziges Volk kann Rußland nicht reorganisieren. Es wird der gemeinsamen Anstrengungen Deutschlands und Englands und Amerikas bedürfen. Die Zeitungen sind am besten für diese Aufgabe geeignet, weil sie die Psychologie ihres russischen Lesers begreifen.“

einem so wunderbaren Sommer, durchaus möglich, ein zweites Mal zu blühen, wenn auch die Hände ein bißchen welk geworden sein mögen. Ich frage gewiss nie wieder meinen Rheumatismus. Meine Nerven bleiben diesmal prachtvoll straff. Was für ein Kastanienbaum werden, das kann ich längst nicht.

Es ist möglich, daß die zweite Blüte nicht ganz so üppig, so diomphisch ist, wie die erste war, aber, Gott, man muß doch ein bißchen befehlen sein. Auch wird sie wohl nicht wieder zur Frucht reifen, aber, hand aus Herz, habe ich denn jemals wirklich eine Schindicht danach gehabt, Früchte zu produzieren? Wenn man es recht bedenkt, wozu braucht man denn eigentlich Blühenstücken?

**L. W. Im Reichstheater** wurde gestern „Der Rubin“ von Gaillet, Piets und Zelen (in der gleichnamigen Uebersetzung von Julius Gross) gegeben. Bourdier, sozialistischer Abgeordneter und Großindustrieller, erträgt einen Balkensturz zweimal in Folge — das eine Mal, wie er ihn seine Geliebte, das andere, wie er ihn seine Ehefrau neugewinnt, und bringt es durch diese Sozialist als Handelsmann. Ein Bild vorweggenommenen Sierheim. Auch wenn man von den politischen Anspielungen, die vor fünfzehn Jahren aktuell waren, abläßt, hat die Komödie manche Kostspieligkeiten, die behaglich an Shaw erinnern, obwohl die Gavotte hier, den Situationen als in den Charakteren liegt. Ein erhebliches Unterhaltungsstück, das bei der Ausführung wie Champagner mufeln müßte. Es gab aber nur, um im Bild zu bleiben, Fleischstücke mit fetthellen. Das Parvenü des Richard Senuis, das Kabarettier des Reich Rafter-Tip war billig-operettentüchtig. Und das Senuis konnte nicht einmal in allen seinen Verwendungen auf gut gehende Pöbelchen (Senuis) nicht zu tun, die in jedem Fall als Frau von adeln! Olga Senuis, die die in jedem Fall als Frau von adeln! Pöbelchen hätte produzieren müssen, hat in ihrer nach herbeiziehenden Sinnlichkeit die einzige wertvolle Leistung des Abends, Worte Kinn-der war fähig anzusehen.

**Eine Hundertjahrtausende von Stielers Sandstau.** Der Verlag Justus Perthes, in dem 1921 der von Adolf Stieler herausgegebene Band des Reichsarchiv, veranlaßt jetzt eine Hundertjahrtausende dieses seitdem landläufig gewordenen „Stieler“. Die neue Ausgabe bringt eine Umgestaltung des alten Werkes von Grund auf. Ihren Kern bildet eine neue Karte von Mitteleuropa im Maßstab 1:225 000. Im alten Atlas sind nur die Wälder, Seen und Flüsse in diesem Maßstab gezeichnet; sie sind die Inseln, an die sich 16 neue Wälder angliedern, deren jede in Zeichnung vorgenommen worden, doch so, daß die alte gute Uebersetzung des Stieler gewahrt wird. Der Atlas erscheint in voranschreitender 14 Hefungen mit je zwei Blättern. Die in quantitativer Hinsicht am meisten ausgegeben werden. Sobald das Werk vollständig vorliegt, soll ein Anmerkungsverzeichnis zum ganzen Atlas erscheinen.

# Der neue Programmwurf vor dem Göttinger Parteitag.

## Die Aussprache über den Verfallter Vertrag. Zurechenntnisse aus dem besetzten Gebiet.

Telegramm unseres Korrespondenten)  
D. Götting, 23. September.  
In der vergangenen Nacht ist ein Antrag auf die Tagesordnung, in der der Verfallter Vertrag, der in der ersten Abendstunde verlesen wurde, zur Diskussion kam. In der ersten Sitzung des Abends wurde über den Verfallter Vertrag, der in der ersten Sitzung des Abends wurde, zur Diskussion kam. In der ersten Sitzung des Abends wurde über den Verfallter Vertrag, der in der ersten Sitzung des Abends wurde, zur Diskussion kam.

Der Parteitag begann heute mit der Aussprache über das Besondere des Verfallter Vertrags. Die Aussprache über den Verfallter Vertrag, der in der ersten Sitzung des Abends wurde, zur Diskussion kam. In der ersten Sitzung des Abends wurde über den Verfallter Vertrag, der in der ersten Sitzung des Abends wurde, zur Diskussion kam.

Die Delegierten aus dem besetzten Gebiet sind in der ersten Sitzung des Abends wurde, zur Diskussion kam. In der ersten Sitzung des Abends wurde über den Verfallter Vertrag, der in der ersten Sitzung des Abends wurde, zur Diskussion kam. In der ersten Sitzung des Abends wurde über den Verfallter Vertrag, der in der ersten Sitzung des Abends wurde, zur Diskussion kam.

## Der neue Programmwurf.

Inzwischen ist der neue, von Stamper umgearbeitete Programmwurf dem Parteitag vorgelegt worden. Er ist entstanden aus den zwei Vorwürfen von Stamper und Quard, die bereits in der ersten Morgenansprache mitgeteilt haben. Der Entwurf lautet:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der arbeitenden Massen in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller sozial und geistig arbeitenden, die auf dem Vertrag eigener, selbst angewandter, Kraft ihren Lebensunterhalt verdienen, zur Kampfgenossenschaft für Demokratie und Sozialismus.

Die kapitalistische Wirtschaft hat den wesentlichen Teil der durch moderne Technik gewaltig entwickelten Produktionsmittel unter die Herrschaft einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großbesitzern konzentriert und die Produktion der Produktionsmittel getrennt und in bespöthelicher Weise veräußert. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit erzeugt, die in Wohl und Elend verknüpft ist. Sie hat damit den Klassenkampf, die Bekämpfung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur höchsten Forderung gemacht.

## „Bersäcker.“

### Die „Germania“ gegen Dr. Stresemann.

Die „Germania“ bringt unter der Überschrift „Bersäcker“ einen Artikel über die letzten Kundgebungen der deutschen Volkspartei und über die „alte, verhängnisvolle Kulisienhändlererei“, mit der die Partei in dem Augenblick, wo die Göttinger Beschlüsse der Sozialdemokratie den Weg zur Vorbereitung der Regierungskoalition weisen, sofort einen intensiven Kampf um Personen und Posten begonnen hat, um die Überführung der Partei in ein Parteimitglied zu verhindern. Nach diesen letzten nicht unbedeutenden Kundgebungen wendet das Zentrum gegen die Partei die Streikfrage an und hat auf die Überführung der Partei in ein Parteimitglied zu verhindern. Nach diesen letzten nicht unbedeutenden Kundgebungen wendet das Zentrum gegen die Partei die Streikfrage an und hat auf die Überführung der Partei in ein Parteimitglied zu verhindern.

beraufzulegen, die den Zusammenbruch der menschlichen Kultur herbeiführen drohen. Zugleich hat der Weltkrieg moralische Gesichtspunkte hinweggefegt, politische Umwandlungen haben den Massen die Rechte der Demokratie gegeben, denen sie zu ihrem sozialen Aufstieg bedürfen. Eine gewaltig entfachte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die rühmliche, aberzeitliche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner zur Seite. Wädhiger denn je erhebt sich der Wille, die kapitalistische Schiene zu überwinden und durch internationalen Zusammenhalt des Proletariats, durch Schaffung einer autonomen, sozialistischen Weltordnung eines Weltbundes gleichberechtigter Völker die Menschheit vor neuer kriegerischer Vernichtung zu schützen. Hier dem Willen den Weg zu weisen, den notwendigen Kampf der arbeitenden Masse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, zum Schutze der erwerbenden Freiheit das letzte einzuleiten. Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unabweislich gegebene Staatsform, einen Angriff auf sie als einen Angriff auf die Lebensrechte des Volkes. Die Sozialdemokratische Partei kann sich aber nicht darauf beschränken, die Republik vor den Angriffen ihrer Feinde zu schützen. Sie kämpft um die Herrschaft des freien Volkswirtschafts organisierten Proletariats, um die Wirtschaft, um die Erziehung der Gesellschaft im Geiste der sozialen Gerechtigkeit. Die Lebensführung der großen industriellen Wirtschaft ist durch die fortschreitende Umformung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen Wirtschaft zum Wohl der Gesamtheit erkannt als ein notwendiges Mittel, um das schaffende Volk aus den Fesseln der Kapitalherrschaft zu befreien. Die Produktionskräfte in nationaler wie in internationaler Gemeinschaft, sie führt ihn in Reich, Staat und Gemeinde, in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Werkstatt und Haus.

In diesem Sinne erneuert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Göttinger Parteitag im niedrigen Alter von 24 Jahren die Bekämpfung der Klassenherrschaft und der Arbeit selbst und gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Sie führt diesen Kampf in dem Bewußtsein, daß das Schicksal der Menschheit entscheidend in nationaler wie in internationaler Gemeinschaft, sie führt ihn in Reich, Staat und Gemeinde, in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Werkstatt und Haus.

## Die Aussprache über den Entwurf.

Referat Cobles.

Reichstagspräsident Cobeles hat den Bericht über die Verhandlungen der Programmkommission im Programmwurf mit 24 gegen 2 Stimmen, bei 2 Stimmenthalten, erledigt. Der Gesamtvorschlag wurde in der Kommission mit allen gegen 2 Stimmen angenommen. Es kam dann zur ersten Entwurfkommission, die am 22. September in der Parteitag verhandelt worden ist, nicht das alleinige Werk der acht gewählten Mitglieder der damaligen Programmkommission gewesen ist, sondern daß diese 8 der erkrankten Parteimitglieder zu ihren Arbeiten zu Hilfe gezogen hätten. Dieser Umstand hätte den verschiedenen Kritizern an dem damaligen Entwurf als Warnung dienen müssen. Der jetzige vorliegende Entwurf warde im Inhalt, Aufbau und Gliederung der geschichtlichen Zusammenfassung in der ersten Entwurfkommission, der Entwurf sei es nicht möglich gewesen, den Entwurf des Programmwurfs, der auf die Arbeit der Programmkommission hinzuweisen, sein Programm werde immer eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung sein. Wer seinen Kampf das Programm aufstellt, hat die Gestaltung der Partei vor sich, die die äußeren Verhältnisse weiter gegangen und man müsse daraus die Konsequenzen ziehen. Demals habe man in der Entwurfkommission, heute müsse man sich politisch an der Weiterentwicklung betheiligen. Der vorliegende Programmwurf enthält einen Appell nicht mehr an die Arbeiterbewegung allein, sondern an weitere Kreise der Bevölkerung, die die Partei zu ihrer Organisation zu bewegen habe. Notwendig wäre es, in dem Entwurf die Folgen der Weltwirtschaftskrise zu berücksichtigen und das mit dem Programm auszugehen. Wir sind weit entfernt, zu behaupten, daß in unserem Entwurf etwas Vollkommenes geschaffen sei. Unschöne Programme gibt es nicht, hat es in der Vergangenheit nicht gegeben und es wird es auch in Zukunft nicht geben. Wir sind weit entfernt, zu behaupten, daß in unserem Entwurf etwas Vollkommenes geschaffen sei. Unschöne Programme gibt es nicht, hat es in der Vergangenheit nicht gegeben und es wird es auch in Zukunft nicht geben.

## Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge in Kiel.

Keine „Sühnation“.

Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge auf dem Vinschiff „Gannover“, eine Handlung, die der argentinischen Regierung bereits von der ehemaligen kaiserlichen Regierung wegen der unbedingten Bezeugung der argentinischen Schiffe „Monte Proteada“ und „Loro“ zugesagt war, verließ Programmgemäß, Ministerialdirektor v. Simon verlor als Vertreter der deutschen Regierung eine Erklärung, daß durch die Bezeugung niemals eine Bezeugung der argentinischen Flagge beabsichtigt war. Der Gesandte Luis B. Molina, der durch seine neutralistische Politik im Sinne Trizonens der deutschen Volkspartei ungeschore Werte gesetzt hat, antwortete in würdevoller Form, daß die argentinische Regierung gern Kenntnis von der Haltung Deutschlands vor der argentinischen Flagge nehme. Die Ehrenbezeugung geschah in der üblichen Form: Der Gesandte leitete eine Ehrenkompanie ab, die am Steuerbord der „Gannover“ aufgestellt war. Während dann die argentinische Flagge in die Höhe gehiegt, als der Gesandte im feinen Stab, dem Herrn Legationsrat Dr. Cufiasaga, Marineattaché Oberstleutnant Naga, Marineattaché V. Scario, Generalconsul Christian Sommer, Konsul Alberto M. Gandoli und dem Vertreter der argentinischen Kolonie, Ingenieur Joly, die „Gannover“ verließ, wurde ein Salut von 13 Schuß abgefeuert.

## Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge in Kiel.

Keine „Sühnation“.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten)

Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge auf dem Vinschiff „Gannover“, eine Handlung, die der argentinischen Regierung bereits von der ehemaligen kaiserlichen Regierung wegen der unbedingten Bezeugung der argentinischen Schiffe „Monte Proteada“ und „Loro“ zugesagt war, verließ Programmgemäß, Ministerialdirektor v. Simon verlor als Vertreter der deutschen Regierung eine Erklärung, daß durch die Bezeugung niemals eine Bezeugung der argentinischen Flagge beabsichtigt war. Der Gesandte Luis B. Molina, der durch seine neutralistische Politik im Sinne Trizonens der deutschen Volkspartei ungeschore Werte gesetzt hat, antwortete in würdevoller Form, daß die argentinische Regierung gern Kenntnis von der Haltung Deutschlands vor der argentinischen Flagge nehme. Die Ehrenbezeugung geschah in der üblichen Form: Der Gesandte leitete eine Ehrenkompanie ab, die am Steuerbord der „Gannover“ aufgestellt war. Während dann die argentinische Flagge in die Höhe gehiegt, als der Gesandte im feinen Stab, dem Herrn Legationsrat Dr. Cufiasaga, Marineattaché Oberstleutnant Naga, Marineattaché V. Scario, Generalconsul Christian Sommer, Konsul Alberto M. Gandoli und dem Vertreter der argentinischen Kolonie, Ingenieur Joly, die „Gannover“ verließ, wurde ein Salut von 13 Schuß abgefeuert.

Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge auf dem Vinschiff „Gannover“, eine Handlung, die der argentinischen Regierung bereits von der ehemaligen kaiserlichen Regierung wegen der unbedingten Bezeugung der argentinischen Schiffe „Monte Proteada“ und „Loro“ zugesagt war, verließ Programmgemäß, Ministerialdirektor v. Simon verlor als Vertreter der deutschen Regierung eine Erklärung, daß durch die Bezeugung niemals eine Bezeugung der argentinischen Flagge beabsichtigt war. Der Gesandte Luis B. Molina, der durch seine neutralistische Politik im Sinne Trizonens der deutschen Volkspartei ungeschore Werte gesetzt hat, antwortete in würdevoller Form, daß die argentinische Regierung gern Kenntnis von der Haltung Deutschlands vor der argentinischen Flagge nehme. Die Ehrenbezeugung geschah in der üblichen Form: Der Gesandte leitete eine Ehrenkompanie ab, die am Steuerbord der „Gannover“ aufgestellt war. Während dann die argentinische Flagge in die Höhe gehiegt, als der Gesandte im feinen Stab, dem Herrn Legationsrat Dr. Cufiasaga, Marineattaché Oberstleutnant Naga, Marineattaché V. Scario, Generalconsul Christian Sommer, Konsul Alberto M. Gandoli und dem Vertreter der argentinischen Kolonie, Ingenieur Joly, die „Gannover“ verließ, wurde ein Salut von 13 Schuß abgefeuert.

Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge auf dem Vinschiff „Gannover“, eine Handlung, die der argentinischen Regierung bereits von der ehemaligen kaiserlichen Regierung wegen der unbedingten Bezeugung der argentinischen Schiffe „Monte Proteada“ und „Loro“ zugesagt war, verließ Programmgemäß, Ministerialdirektor v. Simon verlor als Vertreter der deutschen Regierung eine Erklärung, daß durch die Bezeugung niemals eine Bezeugung der argentinischen Flagge beabsichtigt war. Der Gesandte Luis B. Molina, der durch seine neutralistische Politik im Sinne Trizonens der deutschen Volkspartei ungeschore Werte gesetzt hat, antwortete in würdevoller Form, daß die argentinische Regierung gern Kenntnis von der Haltung Deutschlands vor der argentinischen Flagge nehme. Die Ehrenbezeugung geschah in der üblichen Form: Der Gesandte leitete eine Ehrenkompanie ab, die am Steuerbord der „Gannover“ aufgestellt war. Während dann die argentinische Flagge in die Höhe gehiegt, als der Gesandte im feinen Stab, dem Herrn Legationsrat Dr. Cufiasaga, Marineattaché Oberstleutnant Naga, Marineattaché V. Scario, Generalconsul Christian Sommer, Konsul Alberto M. Gandoli und dem Vertreter der argentinischen Kolonie, Ingenieur Joly, die „Gannover“ verließ, wurde ein Salut von 13 Schuß abgefeuert.

## Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge in Kiel.

Keine „Sühnation“.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge auf dem Vinschiff „Gannover“, eine Handlung, die der argentinischen Regierung bereits von der ehemaligen kaiserlichen Regierung wegen der unbedingten Bezeugung der argentinischen Schiffe „Monte Proteada“ und „Loro“ zugesagt war, verließ Programmgemäß, Ministerialdirektor v. Simon verlor als Vertreter der deutschen Regierung eine Erklärung, daß durch die Bezeugung niemals eine Bezeugung der argentinischen Flagge beabsichtigt war. Der Gesandte Luis B. Molina, der durch seine neutralistische Politik im Sinne Trizonens der deutschen Volkspartei ungeschore Werte gesetzt hat, antwortete in würdevoller Form, daß die argentinische Regierung gern Kenntnis von der Haltung Deutschlands vor der argentinischen Flagge nehme. Die Ehrenbezeugung geschah in der üblichen Form: Der Gesandte leitete eine Ehrenkompanie ab, die am Steuerbord der „Gannover“ aufgestellt war. Während dann die argentinische Flagge in die Höhe gehiegt, als der Gesandte im feinen Stab, dem Herrn Legationsrat Dr. Cufiasaga, Marineattaché Oberstleutnant Naga, Marineattaché V. Scario, Generalconsul Christian Sommer, Konsul Alberto M. Gandoli und dem Vertreter der argentinischen Kolonie, Ingenieur Joly, die „Gannover“ verließ, wurde ein Salut von 13 Schuß abgefeuert.

## Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge in Kiel.

Keine „Sühnation“.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge auf dem Vinschiff „Gannover“, eine Handlung, die der argentinischen Regierung bereits von der ehemaligen kaiserlichen Regierung wegen der unbedingten Bezeugung der argentinischen Schiffe „Monte Proteada“ und „Loro“ zugesagt war, verließ Programmgemäß, Ministerialdirektor v. Simon verlor als Vertreter der deutschen Regierung eine Erklärung, daß durch die Bezeugung niemals eine Bezeugung der argentinischen Flagge beabsichtigt war. Der Gesandte Luis B. Molina, der durch seine neutralistische Politik im Sinne Trizonens der deutschen Volkspartei ungeschore Werte gesetzt hat, antwortete in würdevoller Form, daß die argentinische Regierung gern Kenntnis von der Haltung Deutschlands vor der argentinischen Flagge nehme. Die Ehrenbezeugung geschah in der üblichen Form: Der Gesandte leitete eine Ehrenkompanie ab, die am Steuerbord der „Gannover“ aufgestellt war. Während dann die argentinische Flagge in die Höhe gehiegt, als der Gesandte im feinen Stab, dem Herrn Legationsrat Dr. Cufiasaga, Marineattaché Oberstleutnant Naga, Marineattaché V. Scario, Generalconsul Christian Sommer, Konsul Alberto M. Gandoli und dem Vertreter der argentinischen Kolonie, Ingenieur Joly, die „Gannover“ verließ, wurde ein Salut von 13 Schuß abgefeuert.

## Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge in Kiel.

Keine „Sühnation“.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge auf dem Vinschiff „Gannover“, eine Handlung, die der argentinischen Regierung bereits von der ehemaligen kaiserlichen Regierung wegen der unbedingten Bezeugung der argentinischen Schiffe „Monte Proteada“ und „Loro“ zugesagt war, verließ Programmgemäß, Ministerialdirektor v. Simon verlor als Vertreter der deutschen Regierung eine Erklärung, daß durch die Bezeugung niemals eine Bezeugung der argentinischen Flagge beabsichtigt war. Der Gesandte Luis B. Molina, der durch seine neutralistische Politik im Sinne Trizonens der deutschen Volkspartei ungeschore Werte gesetzt hat, antwortete in würdevoller Form, daß die argentinische Regierung gern Kenntnis von der Haltung Deutschlands vor der argentinischen Flagge nehme. Die Ehrenbezeugung geschah in der üblichen Form: Der Gesandte leitete eine Ehrenkompanie ab, die am Steuerbord der „Gannover“ aufgestellt war. Während dann die argentinische Flagge in die Höhe gehiegt, als der Gesandte im feinen Stab, dem Herrn Legationsrat Dr. Cufiasaga, Marineattaché Oberstleutnant Naga, Marineattaché V. Scario, Generalconsul Christian Sommer, Konsul Alberto M. Gandoli und dem Vertreter der argentinischen Kolonie, Ingenieur Joly, die „Gannover“ verließ, wurde ein Salut von 13 Schuß abgefeuert.

## Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge in Kiel.

Keine „Sühnation“.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge auf dem Vinschiff „Gannover“, eine Handlung, die der argentinischen Regierung bereits von der ehemaligen kaiserlichen Regierung wegen der unbedingten Bezeugung der argentinischen Schiffe „Monte Proteada“ und „Loro“ zugesagt war, verließ Programmgemäß, Ministerialdirektor v. Simon verlor als Vertreter der deutschen Regierung eine Erklärung, daß durch die Bezeugung niemals eine Bezeugung der argentinischen Flagge beabsichtigt war. Der Gesandte Luis B. Molina, der durch seine neutralistische Politik im Sinne Trizonens der deutschen Volkspartei ungeschore Werte gesetzt hat, antwortete in würdevoller Form, daß die argentinische Regierung gern Kenntnis von der Haltung Deutschlands vor der argentinischen Flagge nehme. Die Ehrenbezeugung geschah in der üblichen Form: Der Gesandte leitete eine Ehrenkompanie ab, die am Steuerbord der „Gannover“ aufgestellt war. Während dann die argentinische Flagge in die Höhe gehiegt, als der Gesandte im feinen Stab, dem Herrn Legationsrat Dr. Cufiasaga, Marineattaché Oberstleutnant Naga, Marineattaché V. Scario, Generalconsul Christian Sommer, Konsul Alberto M. Gandoli und dem Vertreter der argentinischen Kolonie, Ingenieur Joly, die „Gannover“ verließ, wurde ein Salut von 13 Schuß abgefeuert.

## Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge in Kiel.

Keine „Sühnation“.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten)

Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge auf dem Vinschiff „Gannover“, eine Handlung, die der argentinischen Regierung bereits von der ehemaligen kaiserlichen Regierung wegen der unbedingten Bezeugung der argentinischen Schiffe „Monte Proteada“ und „Loro“ zugesagt war, verließ Programmgemäß, Ministerialdirektor v. Simon verlor als Vertreter der deutschen Regierung eine Erklärung, daß durch die Bezeugung niemals eine Bezeugung der argentinischen Flagge beabsichtigt war. Der Gesandte Luis B. Molina, der durch seine neutralistische Politik im Sinne Trizonens der deutschen Volkspartei ungeschore Werte gesetzt hat, antwortete in würdevoller Form, daß die argentinische Regierung gern Kenntnis von der Haltung Deutschlands vor der argentinischen Flagge nehme. Die Ehrenbezeugung geschah in der üblichen Form: Der Gesandte leitete eine Ehrenkompanie ab, die am Steuerbord der „Gannover“ aufgestellt war. Während dann die argentinische Flagge in die Höhe gehiegt, als der Gesandte im feinen Stab, dem Herrn Legationsrat Dr. Cufiasaga, Marineattaché Oberstleutnant Naga, Marineattaché V. Scario, Generalconsul Christian Sommer, Konsul Alberto M. Gandoli und dem Vertreter der argentinischen Kolonie, Ingenieur Joly, die „Gannover“ verließ, wurde ein Salut von 13 Schuß abgefeuert.

Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge auf dem Vinschiff „Gannover“, eine Handlung, die der argentinischen Regierung bereits von der ehemaligen kaiserlichen Regierung wegen der unbedingten Bezeugung der argentinischen Schiffe „Monte Proteada“ und „Loro“ zugesagt war, verließ Programmgemäß, Ministerialdirektor v. Simon verlor als Vertreter der deutschen Regierung eine Erklärung, daß durch die Bezeugung niemals eine Bezeugung der argentinischen Flagge beabsichtigt war. Der Gesandte Luis B. Molina, der durch seine neutralistische Politik im Sinne Trizonens der deutschen Volkspartei ungeschore Werte gesetzt hat, antwortete in würdevoller Form, daß die argentinische Regierung gern Kenntnis von der Haltung Deutschlands vor der argentinischen Flagge nehme. Die Ehrenbezeugung geschah in der üblichen Form: Der Gesandte leitete eine Ehrenkompanie ab, die am Steuerbord der „Gannover“ aufgestellt war. Während dann die argentinische Flagge in die Höhe gehiegt, als der Gesandte im feinen Stab, dem Herrn Legationsrat Dr. Cufiasaga, Marineattaché Oberstleutnant Naga, Marineattaché V. Scario, Generalconsul Christian Sommer, Konsul Alberto M. Gandoli und dem Vertreter der argentinischen Kolonie, Ingenieur Joly, die „Gannover“ verließ, wurde ein Salut von 13 Schuß abgefeuert.

Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge auf dem Vinschiff „Gannover“, eine Handlung, die der argentinischen Regierung bereits von der ehemaligen kaiserlichen Regierung wegen der unbedingten Bezeugung der argentinischen Schiffe „Monte Proteada“ und „Loro“ zugesagt war, verließ Programmgemäß, Ministerialdirektor v. Simon verlor als Vertreter der deutschen Regierung eine Erklärung, daß durch die Bezeugung niemals eine Bezeugung der argentinischen Flagge beabsichtigt war. Der Gesandte Luis B. Molina, der durch seine neutralistische Politik im Sinne Trizonens der deutschen Volkspartei ungeschore Werte gesetzt hat, antwortete in würdevoller Form, daß die argentinische Regierung gern Kenntnis von der Haltung Deutschlands vor der argentinischen Flagge nehme. Die Ehrenbezeugung geschah in der üblichen Form: Der Gesandte leitete eine Ehrenkompanie ab, die am Steuerbord der „Gannover“ aufgestellt war. Während dann die argentinische Flagge in die Höhe gehiegt, als der Gesandte im feinen Stab, dem Herrn Legationsrat Dr. Cufiasaga, Marineattaché Oberstleutnant Naga, Marineattaché V. Scario, Generalconsul Christian Sommer, Konsul Alberto M. Gandoli und dem Vertreter der argentinischen Kolonie, Ingenieur Joly, die „Gannover“ verließ, wurde ein Salut von 13 Schuß abgefeuert.

## Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge in Kiel.

Keine „Sühnation“.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge auf dem Vinschiff „Gannover“, eine Handlung, die der argentinischen Regierung bereits von der ehemaligen kaiserlichen Regierung wegen der unbedingten Bezeugung der argentinischen Schiffe „Monte Proteada“ und „Loro“ zugesagt war, verließ Programmgemäß, Ministerialdirektor v. Simon verlor als Vertreter der deutschen Regierung eine Erklärung, daß durch die Bezeugung niemals eine Bezeugung der argentinischen Flagge beabsichtigt war. Der Gesandte Luis B. Molina, der durch seine neutralistische Politik im Sinne Trizonens der deutschen Volkspartei ungeschore Werte gesetzt hat, antwortete in würdevoller Form, daß die argentinische Regierung gern Kenntnis von der Haltung Deutschlands vor der argentinischen Flagge nehme. Die Ehrenbezeugung geschah in der üblichen Form: Der Gesandte leitete eine Ehrenkompanie ab, die am Steuerbord der „Gannover“ aufgestellt war. Während dann die argentinische Flagge in die Höhe gehiegt, als der Gesandte im feinen Stab, dem Herrn Legationsrat Dr. Cufiasaga, Marineattaché Oberstleutnant Naga, Marineattaché V. Scario, Generalconsul Christian Sommer, Konsul Alberto M. Gandoli und dem Vertreter der argentinischen Kolonie, Ingenieur Joly, die „Gannover“ verließ, wurde ein Salut von 13 Schuß abgefeuert.

## Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge in Kiel.

Keine „Sühnation“.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge auf dem Vinschiff „Gannover“, eine Handlung, die der argentinischen Regierung bereits von der ehemaligen kaiserlichen Regierung wegen der unbedingten Bezeugung der argentinischen Schiffe „Monte Proteada“ und „Loro“ zugesagt war, verließ Programmgemäß, Ministerialdirektor v. Simon verlor als Vertreter der deutschen Regierung eine Erklärung, daß durch die Bezeugung niemals eine Bezeugung der argentinischen Flagge beabsichtigt war. Der Gesandte Luis B. Molina, der durch seine neutralistische Politik im Sinne Trizonens der deutschen Volkspartei ungeschore Werte gesetzt hat, antwortete in würdevoller Form, daß die argentinische Regierung gern Kenntnis von der Haltung Deutschlands vor der argentinischen Flagge nehme. Die Ehrenbezeugung geschah in der üblichen Form: Der Gesandte leitete eine Ehrenkompanie ab, die am Steuerbord der „Gannover“ aufgestellt war. Während dann die argentinische Flagge in die Höhe gehiegt, als der Gesandte im feinen Stab, dem Herrn Legationsrat Dr. Cufiasaga, Marineattaché Oberstleutnant Naga, Marineattaché V. Scario, Generalconsul Christian Sommer, Konsul Alberto M. Gandoli und dem Vertreter der argentinischen Kolonie, Ingenieur Joly, die „Gannover“ verließ, wurde ein Salut von 13 Schuß abgefeuert.

## Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge in Kiel.

Keine „Sühnation“.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge auf dem Vinschiff „Gannover“, eine Handlung, die der argentinischen Regierung bereits von der ehemaligen kaiserlichen Regierung wegen der unbedingten Bezeugung der argentinischen Schiffe „Monte Proteada“ und „Loro“ zugesagt war, verließ Programmgemäß, Ministerialdirektor v. Simon verlor als Vertreter der deutschen Regierung eine Erklärung, daß durch die Bezeugung niemals eine Bezeugung der argentinischen Flagge beabsichtigt war. Der Gesandte Luis B. Molina, der durch seine neutralistische Politik im Sinne Trizonens der deutschen Volkspartei ungeschore Werte gesetzt hat, antwortete in würdevoller Form, daß die argentinische Regierung gern Kenntnis von der Haltung Deutschlands vor der argentinischen Flagge nehme. Die Ehrenbezeugung geschah in der üblichen Form: Der Gesandte leitete eine Ehrenkompanie ab, die am Steuerbord der „Gannover“ aufgestellt war. Während dann die argentinische Flagge in die Höhe gehiegt, als der Gesandte im feinen Stab, dem Herrn Legationsrat Dr. Cufiasaga, Marineattaché Oberstleutnant Naga, Marineattaché V. Scario, Generalconsul Christian Sommer, Konsul Alberto M. Gandoli und dem Vertreter der argentinischen Kolonie, Ingenieur Joly, die „Gannover“ verließ, wurde ein Salut von 13 Schuß abgefeuert.

## Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge in Kiel.

Keine „Sühnation“.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Die Ehrenbezeugung für die argentinische Flagge auf dem Vinschiff „Gannover“, eine Handlung, die der argentinischen Regierung bereits von der ehemaligen kaiserlichen Regierung wegen der unbedingten Bezeugung der argentinischen Schiffe „Monte Proteada“ und „Loro“ zugesagt war, verließ Programmgemäß, Ministerialdirektor v. Simon verlor als Vertreter der deutschen Regierung eine Erklärung, daß durch die Bezeugung niemals eine Bezeugung der argentinischen Flagge beabsichtigt war. Der Gesandte Luis B. Molina, der durch seine neutralistische Politik im Sinne Trizonens der deutschen Volkspartei ungeschore Werte gesetzt hat, antwortete in würdevoller Form, daß die argentinische Regierung gern Kenntnis von der Haltung Deutschlands vor der argentinischen Flagge nehme. Die Ehrenbezeugung geschah in der üblichen Form: Der Gesandte leitete eine Ehrenkompanie ab, die am Steuerbord der „Gannover“ aufgestellt war. Während dann die argentinische Flagge in die Höhe gehiegt, als der Gesandte im feinen Stab, dem Herrn Legationsrat Dr. Cufiasaga, Marineattaché Oberstleutnant Naga, Marineattaché V. Scario, Generalconsul Christian Sommer, Konsul Alberto M. Gandoli und dem Vertreter der argentinischen Kolonie, Ingenieur Joly, die „Gannover“ verließ, wurde ein Salut von 13 Schuß abgefeuert.





